

Agrarsubventionen

»Verteilungspolitische Skandal«



Landwirtschaftsexperte Harald Grethe, 53, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik der Bundesregierung, über fehlgeleitete EU-Mittel

SPIEGEL: Seit mehr als 50 Jahren werden die Einkommen der Bauern vom Staat gestützt. Ist das noch sinnvoll?

Grethe: Das ist ein großer Unsinn. Einkommenspolitik machen wir in Deutschland mit der Steuer- und der Sozialpolitik. Das brauchen wir nicht für jeden Sektor einzeln machen, auch nicht für die Landwirtschaft.

SPIEGEL: Richtet diese Art der Subventionierung denn Schaden an?

Grethe: Das Geld fehlt uns für die Bewältigung der großen Herausforderungen in der Landwirtschaft. Wir kommen mit der Verbesserung der Tierhaltungssysteme kaum voran, weil das Geld für den Umbau fehlt. Und wir müssten dringend mehr tun, um unsere Ziele im Gewässer-, Klima- und Biodiversitätsschutz zu erreichen.

SPIEGEL: Sichern die durchschnittlich 284 Euro, die ein Landwirt in Deutschland pro Hektar kassiert, denn nicht immerhin die Existenz?

Grethe: Die Zahlungen landen zum Großteil in den Pachtpreisen. Wir betreiben also mit Steuermitteln die Subventionierung von Bodeneigentümern in Deutschland. Das ist ein verteilungspolitischer Skandal!

SPIEGEL: Welche Art der Förderung schlagen Sie vor?

Grethe: Wir sollten das Geld gezielt für die Entlohnung von Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt- und Klimaschutz

sowie für die Erhöhung des Tierwohl-niveaus verwenden. Das wäre ein ehrlicher »Vertrag«: Die Gesellschaft zahlt für die Leistungen, die sie von der Landwirtschaft haben möchte. Das würde ich dann auch nicht »Subventionen« nennen, sondern »Prämien«: öffentliches Geld für öffentliche Güter.

SPIEGEL: Nutzt die Regierung ihren derzeitigen Handlungsspielraum bei der Verteilung der EU-Mittel?

Grethe: Deutschland könnte diese schon heute viel stärker auf die Ziele Tierwohl und Umweltschutz fokussieren. Wir könnten jedes Jahr etwa 500 Millionen Euro aus den pauschalen Flächensubventionen herausnehmen und damit tierfreundlichere Haltungssysteme oder Biodiversitätsschutz finanzieren – tun das aber nicht. Außerdem könnte Deutschland sich in der EU für eine engagierte Reform einsetzen, um die EU-Agrarpolitik insgesamt stärker an gesellschaftlichen Zielen auszurichten. *MSC*